

Absender:

Kreisfrauenrat Ostalb e.V.  
Frau Margot Wagner  
Patriziusstr. 15  
73479 Ellwangen

Bitte  
frei machen



**MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2016**

**BERICHTE DER EXPERTINNENKREISE**

#### KONTAKTDATEN

#### Kreisfrauenrat Ostalb e.V.

Sprecherin des Vorstandes: Margot Wagner  
Patriziusstr. 15  
73479 Ellwangen

E-Mail: [margot.wagner@web.de](mailto:margot.wagner@web.de)

Internet: [www.kreisfrauenrat-ostalb.de](http://www.kreisfrauenrat-ostalb.de)

Bankverbindung: VR-Bank Aalen  
IBAN: DE05 6149 0150 0650 86110 00  
BIC: GENODES1AAV

#### Die Frau muss noch 170 Jahre kämpfen ...

Eine weltweite Studie des Weltwirtschaftsforums in Davos bemängelt die stagnierende Geschlechtergleichstellung in der Wirtschaft, von der weitergehende Entwicklungschancen für unsere Volkswirtschaften ausgehen könnten. Das bestätigt unseren Slogan „Wir können nicht gewinnen, wenn die Hälfte der Menschheit nicht im Spiel ist“.

Sind es tatsächlich lediglich 170 Jahre hier im Ostalbkreis, bis Frauen auch öffentlich Anerkennung für ihre Arbeit bekommen. Wenn ich die Bilder von „wichtigen“ Veranstaltungen in den Zeitungen anschau, habe ich den Eindruck, wir sind tatsächlich nicht im Spiel. Wir Frauen wollen auch im öffentlichen Leben Partner sein und wir wollen gehört werden. Unser Jahresthema für 2017 lautet „gleiche Teilhabe“.

Wenn wir Gleichstellung in den Mittelpunkt stellen dann deshalb, weil wir Frauen wollen, dass es uns allen, Frauen, Männern, Kindern, Alten - egal mit welchem persönlichen Hintergrund - gut geht, nicht nur wirtschaftlich, aber auch wirtschaftlich. Dazu haben wir beschlossen, mit der „Charta der Vielfalt“ die Selbstverpflichtung zur Wertschätzung und zum Nutzen von Vielfalt (Diversity) zu unterschreiben.

Das Satzungsziel „die Zusammenarbeit von Frauen und der im Ostalbkreis tätigen Frauenverbände und Frauengruppen“ ist uns gut gelungen. Wir sind der Meinung, dass wir einen „guten Job“ gemacht haben, aber Stillstand ist Rückschritt. Deshalb werden wir uns weiter vernetzen und sind froh, dass unser neuer Vorstand noch mehr Frauen aus verschiedenen Bereichen vereinen wird. „Frauen, ich bin stolz auf euch!“

Bei unserer Mitgliederversammlung stellen wir zwei Vereine von Frauen für Frauen (und Männer) in den Fokus, deren ehrenamtliche Arbeit wir sehr schätzen. Frauen helfen Frauen e. V. aus Schwäbisch Gmünd und der Interkulturelle Garten e. V. aus Aalen.

Nach unserer Mitgliederversammlung 2015 sind wir nicht untätig gewesen und haben die Stelle einer, wie sie jetzt genannt wird, „Beauftragten für Chancengleichheit“ kontinuierlich eingefordert. Am 01.09.2016 hat Frau Oswald ihren Dienst angetreten. Ich kann mir nicht verkneifen zurückzurechnen zum 01.03.2015: Ganze eineinhalb Jahre lang war diese Stelle - bis auf einen Monat im September 2015 - nicht besetzt. Was hätten wir in dieser Zeit nicht alles machen können, z.B. für die Alleinerziehenden mit ihren Wohnungsproblemen!

Ab Januar 2016 haben wir uns um das Thema „Flüchtlingsfrauen“

gekümmert. Unterbringung und die Teilnahme an Integrationsmaßnahmen waren Anliegen im Gespräch mit der Flüchtlingsbeauftragten Frau Kurschat. Zweimal konnten wir bei Veranstaltungen (im März und Sommer 2016) in Schwäbisch Gmünd unsere Forderungen einfließen lassen mit dem Hintergrund: Integration bedeutet Teilnehmen wie auch Teilhaben in einer Gesellschaft. Wir freuen uns auch über die Gründung des „Interkulturellen Frauenrats“ in Eilwangen, der Stadt ohne Rassismus.

Unser Projekt „Europäische Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene“ kommt mit Frau Oswald jetzt hoffentlich in die Gänge. Die Umsetzung in einem Aktionsplan wird für uns alle noch ein ganzes Stück Arbeit bedeuten. Wir müssen und wollen uns einbringen und dem Sinne der Charta entsprechend Frauenprojekte in den Aktionsplan schreiben.

Leider konnten wir keinen öffentlichen Träger, auch das Landratsamt nicht, für unsere Projektidee im LEADER-Programm für die Jagstregion gewinnen. Eine geschlechterorientierte Analyse dieser Region wird nicht gemacht werden. Wir haben aber eine Reihe von Berichten, Analysen und Plänen sowie Ergebnissen von Foren, an denen wir selber teilgenommen haben. Alle Ergebnisse sollen auf Betreiben des Kreisfrauenrats nun zu einem „frauenpolitischen Gesamtkonzept“ geschnürt werden. Eine fundierte Grundlage, mit dem Frauen im Ostalbkreis den Aktionsplan für die Gleichstellungscharta gemeinsam erarbeiten können. Punktuelle Vorhaben bringen uns im Sinne der EU Charta nicht weiter.

Ich verspreche euch, ich werde weiter Informationen vom Kreisfrauenrat und aus mir zugänglichen Quellen weitergeben, damit wir eine politische Größe sind, die gehört wird. Wir werden uns weiter bei Veranstaltungen vernetzen und ich danke allen, besonders meinen Vorstandskolleginnen, die zu diesem guten Klima beigetragen haben. Weitere Themen haben meine Vorstandskolleginnen vorbereitet.

Geben sie uns Feedback wie in der Evaluationsrunde dieses Jahr. Wir wollen transparent arbeiten zum Wohle von uns Frauen. Denn:

„Frau sein ist nichts für Feiglinge“

Margot Wagner  
Sprecherin Kreisfrauenrat Ostalb e. V.

## ENTWICKLUNG UND AKTUELLER STAND DES AALENER MEHRGENERATIONENHAUSES

Ein kurzer Überblick:

Seit 2010 entwickelt sich eine Bewegung in Aalen über

- „WOHNEN UND LEBEN IM ALTER IN AALEN“ - über
- „WOHNEN IM ALTER, ANDERS ALS GEWOHNT“ – jetzt
- „GEMEINSAM WOHNEN IM MEHRGENERATIONENHAUS“

Was hat der Kreisfrauenrat damit zu tun?

2015 wurde vom Expertinnenkreis „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und „gegen Altersarmut“ zum Vortrag eingeladen. Frau Christl Hess berichtete über „Gemeinsam wohnen und leben – Nähe und Distanz üben am Beispiel Mehrgenerationenhaus „Mühlbachhaus“ Schorndorf“. Dieser Vortrag hat der Bewegung zusätzlich neuen Schwung gegeben.

Kompetente Unterstützung wurde gesucht und gefunden aus Stuttgart von: pro...gemeinsam bauen und leben, Wohngenossenschaft eG (<http://www.pro.wohngenossenschaft.de/>).

Von der Stadt Aalen ist ein Baugrundstück in Option angeboten und vorgehalten (Zeit für das gemeinsame Planen). Hierzu wird aktuell noch eine Option gesucht: Gerne 2000 qm Baugrundstück in naher Stadtlage Aalens

Die Initiativgruppe wächst an Anzahl und Vielfalt, es gibt frisch Vermählte, junge Familien, Alleinstehende und „Zweierkisten“ verschiedenen Alters.

Weitere Interessierte (zukünftige Mieter/Eigentümer – alles Bewohner) sind gefragt! Infos unter (<http://www.gemeinsam-wohnen-aalen.jimdo.com/>.)

Martina Sailer  
Schatzmeisterin Kreisfrauenrat



## MIGRATION/INTEGRATION/PROSTITUTION

### **Konzept „Antitrafficking Kampagne“ Soroptimist International Club Aalen/Ostwürttemberg gemeinsam mit Soroptimist International und den Clubs Arad und Temeschwar Mai 2016**

Soroptimist International ist eine weltweit tätige Organisation, die sich für die Rechte und Chancen von Frauen und Mädchen einsetzt. Zur Zeit werden ca. 80.000 Mitglieder in 132 Ländern gezählt. In Deutschland gibt es über 200 Clubs und der Club Aalen/Ostwürttemberg startete vom 18. bis 21. Mai 2016 eine Aufklärungskampagne zum Thema „Antitrafficking“ in Rumänien, in den Städten Arad und Temeschwar. In beiden Städten gibt es jeweils einen soroptimistischen Club. Diese Sorores vor Ort organisierten Termine an Schulen und Romalagern und bereiteten die Plattform für die Aufklärungsbesuche dort vor Ort.

Begleitet wurde die Aktion von Manfred Paulus. Herr Paulus war erster Kriminalhauptkommissar und Inspektionsleiter bei der Kriminalpolizei in Ulm sowie Lehrbeauftragter an der Hochschule für Polizei in Baden-Württemberg. Mit langjährigen Ermittlungserfahrungen im Bereich Rotlichtkriminalität gilt er als hervorragender Kenner des Deliktbereiches „Menschenhandel“ und hat auch international Ermittlungen wegen Menschenhandel geführt. Im Auftrag der Europäischen Union erforschte Manfred Paulus die Ursachen und Bedingungen des Frauenhandels in Osteuropa und recherchierte, auf welchen Wegen die „Ware“ Frau nach Deutschland gebracht wird. In Moldawien und in Weißrussland führte er schon Präventionsmaßnahmen und Seminare zum Thema Frauenhandel durch.

#### **Projektablauf:**

Herr Paulus hatte an verschiedenen noch zu benennenden Orten in Arad und Temeschburg Referate gehalten, begleitet von einem Simultandolmetscher/in. Die Zielgruppen sind Mädchen und Jungen ab 14 Jahren sowie deren Eltern. Bevorzugt wendeten wir uns hier an die Schuldirektoren/innen, da diese einen direkten Zugang zu Jugendlichen dieses Alters und deren Eltern haben.

#### **Die Referate gliederten sich folgendermaßen:**

1. Anwerbung
2. Schleusung

Ausbeutung in Deutschland

#### **Zu 1. Anwerbung:**

- Hinweis auf ausgeprägte Migrationsbereitschaft
- Oft einheimische Anwerber, die teils in krimineller Absicht, teils gutgläubig handeln
- Häufige (nicht eingehaltene) Versprechen: Beste Beziehungen nach Deutschland - Gut bezahlter Job Karriere als Tänzerin auf westlichen Bühnen, große Liebe, deutscher Mann...
- Geworben wird in Diskotheken, in Schulen, an Universitäten, in (Jugend-) Zeitschriften, mit Plakaten, Annoncen...

#### **Ziel:**

- Die Jugendlichen sollen erfahren, wie sie die Angebote genau prüfen können – erfahren wer steckt dahinter – wer streckt und warum, Geld vor – welche Sicherheiten können eingebaut werden (wie erreiche ich Kontaktpersonen in Deutschland oder in der Heimat)
- Zu verinnerlichen, ich niemals in Abhängigkeiten zu begeben.

#### **Zu 2. Schleusung:**

- Hier wird Abhängigkeit und Hilflosigkeit erzeugt und demonstriert.
- Notizbuch, Handy unter einem Vorwand abgenommen, Brücken in die Heimat werden abgebaut, es wird bewusst kriminalisiert (Visum erschlichen, Pass gefälscht, Drogen),
- dann wird die Schuldenfalle erstellt (Papiere und Transportkosten – oft utopische Summen genannt)
- Die potenziellen Opfer werden auf vorgesehene Tätigkeit als Prostituierte vorbereitet (Gelder sind mit dem versprochenen Job nicht zu erwirtschaften – Angebot vorübergehend in die Prostitution).
- Ggf. gewaltsames Vorgehen (Vergewaltigungen) bis Widerstand gebrochen.

#### **Ziel:**

Die Jugendlichen sollen erkennen, es läuft nicht wie erwartet und sie sollen erkennen, dass sie frühzeitig handeln müssen – Aussteigen!

#### **Zu 3. Ausbeutung in Deutschland:**

- Sie kommen nicht in das Deutschland, das sie sich erhoffen, sondern zwangsläufig in die Parallelgesellschaft „Rotlichtmilieu“. Diese ist in weiten Teilen von Kriminellen beherrscht (Rocker, Russen, Bulgaren, Albaner, auch rumänische Banden).
- Das Milieu hat eigene Gesetze, eigene Wertvorstellungen, eigene Richter, eigene Henker.

- Opfer sind total ausgeliefert, keine Kontakte zur Außenwelt.
- Zwänge, Druck, Drohungen und Gewalt beherrschen den Alltag.
- Einziger Ausweg: Frühzeitig Polizei (zuverlässig auf Seite der Opfer), NGOs (Zuhälter versuchen das zu verhindern).

#### Ziel:

Die Jugendlichen sollen erkennen, dass sie eine evtl. Migration gut und sicher planen, dass sie nicht auf verlockende Angebote hereinfallen, dass sie genau prüfen, wem sie sich anvertrauen und das sie Risiken erkennen und sie ausschließen...

Für diese Aktion war es im Vorfeld sehr wichtig, gut vorbereitet und mit so vielen Informationen wie möglich, diese Reise anzutreten.

Die anfallenden Kosten für das Projekt (Honorar und Spesen für den Referenten, Dolmetscherhonorare u.a.) wurden vom Club Aalen/Ostwürttemberg übernommen.

Sowohl in Deutschland, wie auch in Rumänien nahmen die Projektbeteiligten Kontakte zu verschiedenen NGOs auf und insbesondere zur örtlichen Sit-tenpolizei. Vor jeder Veranstaltung wurde mit den genannten Organisationen gesprochen und es wurde außerordentlich begrüßt, dass Vertreter während der Veranstaltung anwesend waren. Begleitet wurde die Aktion auch von Anita Schlesak, Journalistin bei SWR4 Ulm, ebenfalls Soroptimistin in einem Ulmer Club. Entsprechende Berichte im Radio und Fernsehen kamen in den Tagen nach der Reise wiederholt.

Vor der Aktion wurde ein Heim der NGO „Generatia tanara“ besucht, das ehemaligen Opfern und deren Kindern die Reintegration in ein normales Leben ermöglicht. Die rumänischen Soroptimistinnen bieten dort regelmäßig ihre Unterstützung an.

Die Aufklärungskampagne war ein voller Erfolg. Die Schüler waren sehr interessiert und viele äußerten Absichten, im Ausland arbeiten zu wollen. Manche hatten schon die Erfahrung gemacht, von fragwürdigen Personen angesprochen zu werden. Dies hat uns die Wichtigkeit der Aktion bestätigt, daher plant Soroptimist Aalen weitere Antitrafficking Aktionen in Rumänien.

Dr. Margarete Scheuermann

Past-Präsidentin Soroptimist International Club Aalen/Ostwürttemberg  
Beirätin im Kreisfrauenrat- Expertinnenkreis Migration/Integration



## BILDUNG/PARITÉ

### Hochschulstrategie

Die strategische Bedeutung einer Weiterentwicklung der Hochschullandschaft ist bei den politischen Akteuren in der Region unstrittig. Grundlage der Überlegungen für das weitere Vorgehen ist die „Hochschulstrategie 2030“. Sie wurde im Auftrag der Kreisverwaltung von den drei Hochschulen des Ostalbkreises erstellt und fußt auf den bereits vorhandenen Strukturen: Der Hochschule Aalen als Fachhochschule, der PH Schwäbisch Gmünd als Hochschule mit Universitätsstatus bei spezialisiertem Fachhintergrund und der Fach-Hochschule für Gestaltung. Auf dem derzeitigen Stand fokussieren sich die Überlegungen auf die Erweiterung des Studienfachangebotes und die Herausarbeitung der langfristigen Vorteile für den Ostalbkreis, insbesondere auch für Frauen. Doch gerade für sie ist auf dieser Basis nach Auffassung des Kreisfrauenrates kein großer Fortschritt zu erwarten.

Die Unterversorgung des Ostalbkreises mit Studienmöglichkeiten ist unbestritten eine der **wesentlichen Ursachen für den negativen Wanderungssaldo bei den 18- bis 25-jährigen, insbesondere bei den Frauen**. Angesichts der Tatsache, dass zwei Drittel aller Studierenden einen Universitätsabschluss anstreben und nur ein Drittel den einer (Fach-)Hochschule, u. a. weil eine Vielzahl von Fächern nur an einer Universität angeboten wird, kann nach Überzeugung des Kreisfrauenrats eine grundlegende Verbesserung im Ostalbkreis ohne den Aufbau einer Universität als Endziel nicht gelingen. Mit dem Endziel Universität im Auge, müssen aber weitere Aspekte in die Strategiediskussion einbezogen werden:

1. Der Aufbau einer neuen Universität wäre eine höchst sensible landespolitische Fragestellung. Die bisher auf die regionalpolitischen Effekte begrenzte Argumentationskette muss deshalb erweitert werden auf die Perspektive der landespolitischen Entscheidungsebene.
2. Es ist nicht auszuschließen, dass das Fernziel „Universität“ Identifikationsprobleme bei den bestehenden Einrichtungen in Aalen und Schwäbisch Gmünd mit sich bringt. Die aufgezeigten Entwicklungsschritte auf Hochschulebene wären allenfalls Zwischenschritte, die als Basis für den avisierten strukturellen Paradigmenwechsel zu einer Universität nicht ausreichend sind bzw. keinen Beitrag leisten.

3. Aus Sicht des Kreisfrauenrates wäre es sinnvoll, die wesentlichen Struktur- und Attraktivitätselemente einer Universität im Ostalbkreis darzustellen, um darauf aufbauend sinnvolle und machbare Zwischenschritte festzulegen. Erst dadurch wird die Sinnfälligkeit der Gesamtstrategie für die Entscheidungsträger sichtbar und eine Evaluierung möglich.
4. Der Aus- oder Aufbau einer Universität würde erhebliche staatliche Mittel erfordern, wobei es fraglich ist, ob diese eins zu eins durch eine Aufstockung des Budgets des Wissenschaftsressorts aufgebracht werden könnten. Diese finanzielle Hürde wird noch dadurch erhöht, dass die bereits im Gange befindliche Digitalisierung der Serviceebene und der Prozesse und Strukturen der bestehenden Hochschullandschaft (Stichwort „Studium 4.0“) die finanziellen Spielräume reduziert.
5. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Tatsache, dass nach Einschätzung vieler Fachleute die Digitalisierung des Studiums die Unterschiede eines „normalen“ Studiums zu einem Fernstudium drastisch verringern wird. Die bisherigen Alleinstellungsmerkmale eines Fernstudiums als zeit- und ortssouveräne Studiermöglichkeit werden die „normalen“ Hochschulen in ähnlichem Maße erfüllen – allerdings mit Zeitverzögerungen und internen Widerständen. Es wäre deshalb der Frage nachzugehen, ob eine von den Prozessen und Strukturen her von vornherein radikal auf die Bedürfnisse der Digitalisierung ausgerichteten dezentralisierten Universität höhere Realisierungschancen hätte.
6. Dem Vorschlag in der Hochschulstrategie, das Fächerangebot für eine solche Hochschule/Universität daran zu orientieren, inwieweit es für Frauen eine hohe Attraktivität bietet, steht der Kreisfrauenrat skeptisch gegenüber, soweit damit die „typischen“ Frauenberufsfelder (Gesundheit, Soziales usw.) gemeint sind; Betriebswirtschaftslehre und Rechtswissenschaft sind die beiden am stärksten nachgefragten Studienfächer von Frauen.

Der Kreisfrauenrat wird die dringend notwendigen nächsten Schritte kritisch und konstruktiv begleiten.

## Parité in den Parlamenten

70 % Frauen, 30 % Männer in den Parlamenten – wie lange würden Männer das mitmachen? Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist weiblich. Doch seit es in Deutschland Parlamente gibt, dominieren auf allen Ebenen Männer – entgegen dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes und aller Landesverfassungen. Männlich geprägte Parteistrukturen und z. T. auch überkommene Rollenansprüche führen zu Wahllisten, bei denen die männlichen Kandidaten bevorzugt werden. Dass diese Situation mit unserem Demokratieverständnis nicht vereinbar ist, wird weder in der politischen noch in der juristischen Diskussion ernsthaft bestritten. Strittig ist aber, wie dieser Zustand geändert werden könnte. An Handlungsempfehlungen und Konzepten mangelt es nicht, aber offenbar am Willen zur Umsetzung – schließlich geht es um die Verteidigung von Besitzständen. Ein bereits in acht EU-Staaten angewendetes „Paritätsgesetz“, das bei der Aufstellung von Wahllisten die alternierende Berücksichtigung von männlichen und weiblichen Kandidaten vorschreibt, könnte Verbindlichkeit herstellen, ist hierzulande jedoch ein juristisch wie politisch umstrittener Weg. Am 1. Dezember 2016, dem bayerischen Verfassungstag, wird das bayerische Aktionsbündnis „Parité in den Parlamenten“ eine Popularklage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof einreichen; ein Weg, der verfassungsrechtlich nur in Bayern möglich ist. Das Ergebnis könnte unmittelbaren Einfluss auf die Diskussion in anderen Bundesländern haben.

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg hat sich entsprechend einem Beschluss der Delegiertenversammlung vom Oktober 2015 dieser Popularklage angeschlossen. Die Bayerische Verfassung ermöglicht jeder deutschen Staatsbürgerin und jedem deutschen Staatsbürger sowie rechtsfähigen juristischen Personen vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof prüfen zu lassen, ob ein garantiertes Grundrecht durch Gesetze, Verordnungen oder Satzungen verletzt wird.

Beim Forum „Parität in der Politik – Ziele und Wege“ in München Anfang Juli diskutierten politische Akteurinnen und Akteure Bayerns sowie Fachexpertinnen und -experten Handlungsansätze zur Herstellung von Parité; Prof. Dr. Silke Laskowski von der Universität Kassel stellte bei dieser Gelegenheit die von ihr eingereichte Popularklage erstmals der Öffentlichkeit vor.

Es ist fraglich, ob die Klage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof Erfolg haben wird. Falls nicht, steht der Weg zum Bundesverfassungsgericht offen, dessen Entscheidung dann bundesweit gelten würde.

Handlungsbedarf besteht auch in Baden-Württemberg. Einen ersten Versuch in Richtung einer Parité startete der baden-württembergische Landesgesetzgeber 2013. Nach dem neuen § 9 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) „sollten“ (!) Parteien/Wählergemeinschaften nun ihre Wahlvorschlagslisten abwechselnd mit Kandidatinnen und Kandidaten besetzen („Reißverschlussverfahren“). Dadurch „solle“ der strukturellen, verschleierte Diskriminierung von Politikerinnen entgegengewirkt werden. Ob aber eine solche Soll-Regelung ausreicht, ist aber angesichts der zu erwartenden und bereits erkennbaren Umgehungsstrategien der Parteien/Wählergemeinschaften zu bezweifeln. Zumal der Landesgesetzgeber – bestehend aus 82 % männlichen Abgeordneten – für die voraussehbaren Rechtsverstöße ausdrücklich auf Sanktionen und Rechtsfolgen verzichtet hat. Die Wirkungslosigkeit von § 9 KWG ist damit vorprogrammiert.

Selbst in Frankreich, wo das Ursprungsgesetz zur Parité für alle Listenwahlen bereits seit 2000 gültig ist, zeigt sich, dass seine Durchsetzung nur im Zusammenhang mit Sanktionen möglich ist. Dies wurde bei einem weiteren Paritätsforum in Saarbrücken Anfang November diskutiert. So gilt seit 2003 ein striktes Reißverschlussprinzip für die Wahllisten der Kommunalwahlen und der Regionalwahlen, was auch Erfolge zeigt. 2014 wurden die finanziellen Sanktionen für Parteien, die für die Wahl zur Nationalversammlung nicht-paritätische Listen einreichen, verdoppelt.

Es gilt also aufmerksam zu sein, dass Schwächen der Gesetze im Vorfeld festgestellt werden und dass im Alltag eine stereotype Verteilung der Verantwortungsbereiche nach Frauen und Männern vermieden wird. Wenn sich über Jahrzehnte – trotz der de jure vorhandenen Gleichberechtigung – faktisch eine hartnäckige Unterrepräsentanz festzustellen ist, so lässt dies darauf schließen, dass strukturelle Faktoren vorliegen, die sich diskriminierend auswirken. Auch und vor allem diese gilt es zu beseitigen.

Dr. Julia Frank  
Beirätin Kreisfrauenrat  
Expertinnenkreis Bildung

## FRAUENARMUT

Im Jahr 2016 keine Treffen aus verschiedensten Gründen. Das Projekt Mehrgenerationenhaus ist auf den Weg gebracht, Frau Claudia Seiler wirkt dort nun in der Planungsphase aktiv mit und wird berichten.

Auf Grund der vermehrten Flüchtlingszuwanderung und der damit verbundenen Probleme brachte ich diese Problemlagen immer wieder in den Kreisfrauenrat.

Hauptthemen waren hier:

Versorgung der schwangeren Frauen in der LEA und in den Krankenhäusern

- Medizinische Versorgung in der LEA für Kinder überhaupt
- Alleinerziehende Flüchtlingsfrauen und deren Problemlagen
- Wohnungsnot nach der Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft
- Fehlende Dolmetscher in den Institutionen und auch besonders im Krankenhaus / Ehrenamt reichte allein nicht aus.
- Minderjährige Mütter mit Säuglingen/ Zwangsheirat
- Diese Themen wurden dann auch in den Treffen mit Frau Kurschat (Flüchtlingsbeauftragte) mit eingebracht.

Kooperation mit den Frauen der akademie e.V. und FIM, Frau im Mittelpunkt, Ulm, DRK, Aalen und Soroptimist international/Club Aalen Ostalbkreis **Vortragsveranstaltung zum Projekt und Erkrankung von afrikanischen Frauen „Fistula“. Weltweit leiden derzeit etwa 2 Millionen Frauen an FISTULA**

Mehrere Kooperationstreffen und Durchführung der interessanten und gut besuchten Veranstaltung am 23. 10. 2016.

Informationen zu dieser Erkrankung siehe Beiblatt und ausliegende Flyer, die Spenden werden für notwendigen Operationen verwendet. Die übergeordnete Organisation, die vor Ort dann mit Ärzten kooperiert ist Time To Help.

Eva-Maria Markert  
Dipl. Sozialpädagogin (FH)  
Klinik für Kinder- und Jugendmedizin

„Gleichberechtigung ist wie eine Schnecke auf Glatteis.“

(Willy Brandt)

Na, daran wird sich doch was drehen lassen!



#### BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im Kreisfrauenrat Ostalb e. V. als

- Weibliche Privatperson  
 Organisation (Name)

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_ Geburtstag \_\_\_\_\_  
Straße, Nr.: \_\_\_\_\_ PLZ Ort \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_ Mobil \_\_\_\_\_

Hiermit erteile ich dem Kreisfrauenrat Ostalb e. V. widerruflich Einzugsermächtigung im SEPA-Basis-Lastschriftverfahren im Betrag von € (Mindestbeitrag/Jahr 20 €)

KontoinhaberIn: \_\_\_\_\_ Kreditinstitut: \_\_\_\_\_  
IBAN: \_\_\_\_\_ BIC: \_\_\_\_\_  
Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_